

ESSEN



**Politik m
Neu-York
Lars Kramer
Ratsmand**

NRZ 12.5.15

„Ein paar Hektarchen bleiben ja“

Nach vier Monaten Debatte ist von der Flächen-Offensive der Stadtplaner nicht mehr viel übrig: SPD und CDU wollen kein Gewerbe an der A52 und im Kettwiger Teelbruch

Von Wolfgang Kintscher

Eon kommt aus Düsseldorf, Brenntag aus Mülheim – und Essen schwelgt. Eben noch triumphierten die hiesigen Wirtschaftsförderer über die neue Anziehungskraft der Stadt, da dürfte ihnen das Feiern wieder vergehen. Denn Firmen, die es den beiden börsennotierten Konzernen gleich tun wollen, werden in Zukunft öfter denn je auf ein bedauerndes Achselzucken stoßen.

Grund dafür: Von den 85 Hektar Gewerbefläche, die Essens Stadtplaner Anfang Januar für eine Gewerbe-Entwicklung empfahlen, „bleibt nicht viel übrig“, wie der SPD-Planungsexperte Thomas Rotter freimütig bekennt: Die Ackerflächen an der Autobahn A52 in Haarzopf? Die Erweiterung des Gewerbegebiets Teelbruch in Kettwig? „Kommen beide definitiv nicht“, sagt Rotter, und sein Kol-

fang Juni dann in die lokale „GroKo“-Debatte einsteigen und hernach im Planungsausschuss vorstellen. Ob die von der Politik identifizierten Flächen mehr sein können als ein Tropfen auf den heißen Stein ist unklar. Ebenso, ob die Planungsverwaltung diese Flächen nur deshalb nicht als „neu“ ins Blickfeld rückte, weil sie planungsrechtlich längst zum Bestand hinzuge-rechnet wurden.

Planungsdezernent Hans-Jürgen Best machte gestern aus seinem Herzen jedenfalls keine Mördergrube: „Wir haben die Vorräte unserer Vorgänger-Generation aufgebraucht“, seufzte Best, und da man jetzt mittelfristig nicht viele neuen Flächen anbieten könne, sei eine simple Schlussfolgerung naheliegend: „Wenn wir keine Gewerbeflächen haben, wandert das Gewerbe schlicht ins Umland ab.“

Essens oberster Wirt-



Die Erweiterung als Wolkenkuckucksheim: Knapp 23 Hektar Gewerbefläche, zum Teil mit Industrie-Standard, versprachen sich die Planer vom Kettwiger Teelbruch – vergebens. FOTO: OLIVER MÜLLER

sagt Rotter, und sein Kollege aus der CDU stößt ins gleiche Horn: „Können wir wohl vergessen“, formuliert Uwe Kutzner.

Doch alleine diese beiden Areale sollten fast 64 der erhofften 82 Hektar Gewerbefläche, teils mit Industrie-Standard, beschützen. Und für die Wirtschaftsförderer kommt's noch schlimmer: Auch die neun Hektar am Fleuweg in Überruhr-Hinsel und die zweieinhalb im Werde-ner Löwental werden ver-

„Wir haben die Vorräte unserer Vorgänger-Generation aufgebraucht“



Hans-Jürgen Best, Planungsdezernent der Stadt

mutlich aus dem Katalog gestrichen.

Es klingt wie Trost und Entschuldigung zugleich, wenn CDU-Planer Kutzner sagt, dass man immerhin nicht mit leeren Händen dastehen wolle: „Ein paar Hektarchen bleiben ja übrig.“ Außerdem haben sowohl SPD als auch CDU bereits eine Reihe kleinerer Flächen ins Auge gefasst, die ersatzweise für die An- oder Umsiedlung von Unternehmen erhalten könnten. Bis Ende Mai will man diese Areale intern beraten, An-

Essens oberster Wirtschaftsförderer Dietmar Düdden hatte genau vor diesem Szenario dringend gewarnt. Schon im vergangenen Jahr habe man von 75 Anfragen über insgesamt 144,8 Hektar Land nahezu jede dritte abschlägig bescheiden müssen: „Wir sind gar nicht mehr richtig angebotsfähig“, klagte Düdden, man könne schließlich vielversprechenden Unternehmen nicht die letzten Ländchen andrehen.

Düdden verweist auf eine hauseigene Statistik, wonach innerhalb der nächsten zwei Jahre ohne viele Abstriche nur 38 Hektar zur Verfügung stehen. Erweitert man den Zeithorizont auf fünf Jahre, kommen noch einmal rund 30 Hektar hinzu.

SPD und CDU widersprechen: Die ausgeguckten Flächen auf der grünen Wiese „wären ja in gewisser Weise auch ein Etikettenschwindel gewesen“, sagt etwa CDU-Mann Uwe Kutzner: „Wir wollen mal nicht so tun, als hätten wir da auf Knopfdruck riesige Flächen parat gehabt.“

Und auch Sozialdemokrat Thomas Rotter, der dem Planungsausschuss vorsitzt, verweist auf die Zeitschiene: Manche der jetzt gestrichenen Flächen hätte, sagt er, erst 2020 zur Verfügung gestanden. Schon 2024 aber werden erste große Flächen am Flughafen-Areal frei: Die lassen sich wohl allemal besser durchsetzen.

Bei den Bürgern. Und auch bei der Politik.